

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 8

Artikel: Ungarn als Nachbar Sowjetrusslands
Autor: Török, Arpad
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158669>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ungarn als Nachbar Sowjetrußlands.

Von **Arpad Török.**

Von der gewaltigen Machtausdehnung Sowjetrußlands in Mitteleuropa ist nach Rumänien am meisten Ungarn betroffen, das nun mit diesem Lande eine gemeinsame Grenze erhalten hat. Damit hat sich gewissermaßen ein Schicksal erfüllt, das man in Ungarn seit nahezu hundert Jahren teils bewußt, teils aber nur ahnungsvoll empfunden hat. Die ungarische Problematik besteht seit vielen Jahrhunderten in einer Spannung zwischen zwei großen Mächten. Auf der einen Seite ist es unverändert die deutsche Macht gewesen, meistens durch die Habsburgerdynastie vertreten. Auf der anderen Seite stand Jahrhunderte lang die Türkei. Dann ist die Türkei als Gefahr für das ungarische Dasein geschwunden, an ihre Stelle trat, bisher allerdings nicht so aktiv, Rußland. Die erste Berührung zwischen Ungarn und Rußland, die einen nachhaltigen Eindruck hinterließ, fand 1849 bei Világos statt. Das kaiserliche Heer konnte mit dem aufständischen Ungarn nicht fertig werden und nahm russische Hilfe in Anspruch. Damit war der ungarische Freiheitskampf besiegelt. Zu jener Zeit beherrschte Ludwig R o s s u t h mit seiner politischen Auffassung und seinen Zielsetzungen die öffentliche Meinung. Diese können in dem einen Satz zusammengefaßt werden: Los von Habsburg. Als aktiver Politiker baute er dabei auf eine günstige europäische Konstellation. Diese ist jedoch ausgeblieben, und so machte er sich in der Emigration Gedanken darüber, wie, unter Beibehaltung dieses Zieles, die ungarische Zukunft dennoch gesichert werden könnte. Er wollte eine Donaukonföderation mit den damals noch nicht freien Nachbarvölkern eingehen, die ein Gegengewicht gegen die Machtbestrebungen Habsburgs und einen gewissen Schutz gegen Rußland hätte bieten können. In der Heimat lehnte man jedoch diesen Gedanken restlos ab. 1867 wurde die ungarische Verfassung wieder hergestellt und das Land erlangte weitgehende Selbständigkeit.

In der Zwischenzeit hat sich die russische Machtpolitik immer stärker entfaltet, und einsichtigen ungarischen Politikern ist es immer mehr zum Bewußtsein gekommen, daß von hier aus dem Lande große Gefahren drohen. Ein gründlicher Kenner der politischen Geschichte Ungarns, Gustav G r a z, vertritt die Auffassung, daß die russische Gefahr mit eine Ursache für die verhältnismäßig rasche und leichte Einigung mit der Dynastie nach Königgrätz gewesen ist, obgleich man die damalige Lage im Interesse einer noch weiteren Selbständigkeit Ungarns hätte ausnützen können. Es hat nicht lange gedauert, und Graf Julius A n d r á s s y, der ehemalige Aufständische, wurde seiner kaiserlichen und königlichen Majestät ungarischer Ministerpräsident und bald darauf gemeinsamer Außenminister der Monarchie. Gewiß mußte dem die Versöhnung zwischen Herrscher und Nation vorausgehen, aber daß Andrássy die Außenpolitik der Monarchie mit Leib

und Seele und verhältnismäßig erfolgreich leiten konnte, war letzten Endes doch darauf zurückzuführen, daß er dabei restlos auch das ungarische Interesse zu vertreten vermochte: die weitere Machtausdehnung Rußlands in Schranken zu halten. Das war das zentrale Problem seiner Außenpolitik. Als er sich im deutsch-französischen Krieg gegen *Beust* für die Neutralität der Monarchie einsetzte, leitete ihn dabei die in späteren Dokumenten bestätigte Befürchtung, Rußland könnte der Monarchie in den Rücken fallen, was in erster Linie Ungarn gefährdet hätte. Späterhin war er bemüht, Bismarck von Rußland zu trennen und, wie das der Zweibundvertrag zeigt, nicht ohne Erfolg. Die am Berliner Kongreß angestrebte und auch erhaltene Vollmacht zur Okkupation von Bosnien und der Herzegowina, erfolgte ebenfalls in der Absicht, den russischen Einfluß im Balkan einzudämmen.

Die Fahne des Panславismus war entrollt, und Ungarn hat das nicht nur an seinen Grenzen, sondern auch innerhalb seiner Grenzen zu spüren bekommen. Im Nordosten, im heutigen Karpathenland, wurde von russischer Seite eine Bewegung unter der ruthenischen Bevölkerung entfaltet, mit der Absicht, das slawische Bewußtsein auch durch die Zugehörigkeit zur pravoslaven Religion zu stärken. Nun war das allerdings nur ein Mittel, um die Staatsstreue dieser Bevölkerung zu erschüttern. Ungarn hatte fast an allen seinen Grenzen mit dem Nationalitätenproblem zu schaffen, und so ist die besondere Gefahr, die ihm von Rußland drohte, der breiten Öffentlichkeit nicht in dem Maße bewußt geworden, wie es ihrer Bedeutung zukam. Man richtete seine Blicke vielmehr nach Wien, um weitere Attribute der staatlichen Selbständigkeit zu erlangen. Nur wenige Staatsmänner wußten es, daß allein in der Wehrhaftigkeit der Monarchie eine Sicherheit für Ungarn liegt. Unter diesen war es Graf Stephan *Tisza*, der seine nicht ungewöhnliche Energie in den Dienst der Wehrhaftigkeit stellte und aus diesem Grunde die Opposition, die damals unerfüllbare Bedingungen stellte, niederrang. Auch der jüngere Graf Julius *Andrássy*, immer ein innerpolitischer Gegner des Grafen *Tisza*, hat die von Rußland drohende Gefahr deutlich erkannt und sich kräftig gegen jene gewandt, die sie leicht nehmen wollten. Beide waren Anhänger des Dualismus und des Bündnisses mit dem Deutschen Reich. Erst in der letzten Zeit, vor Ausbruch des Weltkrieges, hat ein Teil der Opposition gegen den Dreibund Stimmung gemacht und suchte mit den Westmächten außenpolitische Fäden anzuknüpfen. Diese auf eine kleine Gruppe von recht lauten Politikern beschränkte Bewegung wollte sogar Paris und Petersburg einen Besuch abstatten. An Hand der späteren Ereignisse ist es nicht schwer, festzustellen, daß diese Gruppe von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen war.

Auch nach dem Zusammenbruch hatte Ungarn das Gespenst im Osten zu fühlen bekommen. Der Versuch *Bela Kun's*, eine kommunistische Diktatur aufzurichten, ist zwar nur möglich geworden, weil eine ganze Reihe innerpolitischer Ereignisse vorausgegangen war, aber ohne die moralische

und materielle Hilfe des bolschewistischen Rußlands wäre er doch nicht gelungen. Nachher war lange Zeit Ruhe. Die außenpolitische Entwicklung Sowjetrußlands schien eine andere Richtung einschlagen zu wollen. Vor allem war es mit seiner eigenen Konsolidierung allzu sehr beschäftigt, um die alten außenpolitischen Ziele wieder aufnehmen zu können. Die unterirdische kommunistische Agitation hat zwar niemals ganz nachgelassen; als außenpolitische Gefahr ist aber Sowjetrußland für Ungarn lange Zeit nicht in Erscheinung getreten. In dieser Zeit verhältnismäßiger Ruhe erschienen Ende 1932 in zwei Bänden die Reden des Grafen Stephan Bethlen, der zehn Jahre hindurch Ministerpräsident war. Er schrieb dazu eine Vorrede, die von einer solchen, heute bereits bestätigten, prophetischen Ahnung erfüllt ist, zu der nur wenige große Geister fähig sind. Die eigentliche Problematik Ungarns erblickt er in der slawischen Zange zwischen Süden und Norden. Er schreibt hierüber: „Szob (das war die frühere Grenzstation gegen die Tschechoslowakei) und Szabadka (Stadt an der ungarischen Grenze in Jugoslawien) sind die beiden Arme der slawischen Zange, die sich an dem Tage schließen wird, an dem der Stern der slawischen Völker durch die Wiederaufrichtung Rußlands wieder aufleuchtet. Kann es einen Zweifel darüber geben, daß dieser Tag dereinst kommen wird? Kann es zweifelhaft sein, daß der 150 Millionen starke, jugendliche und über unverbrauchte Energien verfügende russische Koloss in der Zukunft noch eine unermesslich große Bestimmung hat?“ Die Entwicklung hat in einem unerwartet raschen Tempo den von Bethlen vorausgesehenen Weg eingeschlagen. Die Aufrüstung Deutschlands hat die französische Bündnispolitik wieder in Schwung gebracht, als deren Ergebnis u. a. der sowjetrussisch-tschechoslowakische Pakt zustande kam, der für Ungarn bereits eine unmittelbare russische Gefahr bedeutete. Graf Bethlen hat damals in einem Artikel im „Pesti Napló“ (2. 6. 1935) die neue Lage in überzeugenden Worten analysiert und hellseherisch die kommende Entwicklung aufgezeichnet. Die panslawistische Politik, so schrieb er, wird vielleicht unter anderen Schlagworten aber doch wieder aufleben. Im wesentlichen wird die Sowjetrepublik die machtpolitischen Ziele des Zarenreiches aufgreifen, was sich schon aus ihrer geographischen Lage zwangsläufig ergibt. Für die nichtslawischen Völker des Donaubeckens muß diese Entwicklung katastrophal werden. Für den russischen Vorstoß machte Bethlen neben den Fehlern der deutschen Politik die Bündnispolitik Frankreichs verantwortlich. Mit folgendem prophetischem Satz schließt er seine Ausführungen: „Der blinde Haß der internationalen Politik ist für die Völker des Donaubeckens mit der Gefahr verbunden, daß sie zwischen zwei von ihnen um vieles mächtigeren Völkern, den Deutschen und Russen, aufgeteilt oder zu ihrem Protektorat werden.“

Man kann trotzdem nicht behaupten, daß die ungarische öffentliche Meinung von dem russischen Vorstoß in die europäische Politik allzu tief beeindruckt gewesen wäre. Sie richtete ihr Gesicht nach dem Westen und beobachtete mit einiger Erregung die Entwicklung im Reich und in Öster-

reich. Die ungarische Publizistik hat zwar die These aufgestellt, die nicht gerade neuesten Datums ist, daß nämlich Ungarn im Kreuzfeuer der panslawistischen und pangermanischen Gefahr liegt, ohne es aber mit der ersteren allzu ernst zu nehmen. Diese Einstellung hat tiefe historische Wurzeln und neben einer außenpolitischen auch eine innerpolitische Komponente. Ungarn führte in den letzten Jahrhunderten einen politischen Kampf gegen Wien, der im Bewußtsein der öffentlichen Meinung vielfach als ein Kampf gegen die Vormachtstellung des deutschen Volkes auftrat. Die steigenden Machtansprüche des Reiches seit 1933 haben diese alte Empfindung in Ungarn wieder neu aufleben lassen, die natürlich von verschiedenen Seiten auch bewußt geschürt worden ist. Letzteres konnte umso leichter gelingen, als ein Teil der öffentlichen Meinung den Nationalsozialismus ablehnte und von einem innigen Zusammenschluß mit dem Reich die innerpolitische Durchsetzung dieser Ideologie befürchtet hat. Wie bereits angeführt, war die russische Gefahr in der Vorkriegszeit der ungarischen Öffentlichkeit weniger bewußt. Es waren also keine alten Gefühle da, die eine lebhaftere Reaktion auf die neue Lage hätten auslösen können. Wohl gab es auch in dieser Richtung ein innerpolitisches Moment in Gestalt des Kommunismus. Nun wählte man sich aber in Ungarn gefeit gegen diese Gefahr, und soweit es noch eine kommunistische Wühlarbeit gab, konnte man dagegen die Polizei einsetzen, nicht so wie im Falle des Nationalsozialismus, der sich selbst in führenden Kreisen großer Sympathien erfreute.

Auf den ersten Vorstoß Sowjetrußlands in die europäische Politik reagierte Ungarn, indem es seine Beziehungen zum Reich, das dagegen bekanntlich einen diplomatischen und vor allem propagandistischen Feldzug unternahm, immer enger gestaltete. Noch vorher, am 6. Febr. 1934, hat Ungarn die diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland aufgenommen. Die Anerkennung der Sowjetregierung erfolgte allerdings schon im Friedensvertrag von Brest-Litowsk. Dem Antikominternpakt wollte aber Ungarn, obzwar ein solcher Schritt mit Rücksicht auf seine Beziehungen zur Achse nahelag, lange Zeit nicht beitreten. Erst in der allerletzten Zeit entschloß man sich dazu, nachdem er bald darauf seinen Sinn verloren hat.

Die neue Lage, wie sie sich aus der Nachbarschaft mit Sowjetrußland ergibt, hat die ungarische öffentliche Meinung seelisch eigentlich unvorbereitet getroffen. Eine geistige Elite sieht klar, daß sich damit jenes Schicksal erfüllt hat, von dem schon immer die Rede war: Ungarn ist in das Kreuzfeuer zwischen den großdeutschen und panslawistischen Gedanken geraten, wobei am Ernst dieser Lage der Umstand nichts ändert, daß die beiden Mächte diplomatisch gegenwärtig zusammengehen. Aus dieser Lage werden nach drei Richtungen Folgerungen gezogen, die zu einander keineswegs im Gegensatz stehen. Muß die Außenpolitik der Vergangenheit, so schreibt Gustav Gratz in seinem Blatt „Pesti Napló“, auch geändert werden, so kann diese Änderung keineswegs in einer Lockerung der Beziehungen zum

Deutschen Reich liegen. Nach einer Analyse der deutsch-russisch-österreichisch-ungarischen Beziehungen seit Bismarck bis zum Weltkrieg, bzw. jener zwischen dem Weimarer Reich und Sowjetrußland kommt er zur Schlußfolgerung, daß man auf die Zeit des Dreikaiserbündnisses zurückgreifen und eine Interessengemeinschaft zwischen dem Deutschen Reich, Sowjetrußland und Ungarn herstellen müsse. Dem fügt er aber hinzu, daß Ungarn alles unternehmen muß, um seine Unabhängigkeit zu sichern und weiter auszubauen. Mit der Möglichkeit einer Gefährdung der ungarischen Unabhängigkeit werden in der Presse, trotz der Zensur, akademische Erörterungen gepflogen. Groß führt in seiner diplomatisch vorsichtigen Art aus, daß man zwar nicht behaupten könne, die Unabhängigkeit des Landes sei gefährdet, es könne aber auch die entgegengesetzte Behauptung nicht aufgestellt werden, nämlich, daß ihr keinerlei Gefahr drohe. Er tritt dafür ein, der Unabhängigkeitsgedanke müsse in der Bevölkerung innigst gepflegt werden.

Die von Sowjetrußland drohende Gefahr ist nicht nur eine außenpolitisch-frontale, sie kann genau so auf dem Umwege über soziale Spannungen akut werden. Über die sozialen Zustände Ungarns hat man von interessierter Seite viel Unwahres in die Welt gestreut. Es kann aber trotzdem nicht geleugnet werden, daß die sozialen Verhältnisse manches zu wünschen übrig ließen. In den letzten Jahren wurden jedoch ernste Anstrengungen gemacht, um Versäumtes nachzuholen. Zu den wichtigsten dieser Fragen gehört wohl die Bodenreform, die seit Jahren als zentrales Landesproblem anerkannt und demgemäß auch behandelt wird. Bereits im Sommer lagen die Grundzüge der neuen Bodenreform fest, aber gerade mit Rücksicht auf die neue außenpolitische Lage wird ihre Durchführung beschleunigt. Man spricht heute viel von „sozialer Landesverteidigung“; der Ausdruck wurde von dem führenden Publizisten Alexander P e t h ó in seiner Zeitung „Magyar Nemzet“ geprägt, worunter eben die Lösung aller schwebenden sozialen Fragen zu verstehen ist, um das Land gegen soziale Unterhöhlung etwa durch die Dritte Internationale zu wappnen. Die Idee einer „sozialen Landesverteidigung“ erfaßt immer weitere Kreise und sie ist ein deutliches Zeichen nicht nur für die heikle außenpolitische Lage des Landes, sondern gleichzeitig auch für den entschlossenen Willen, den Gefahren zu begegnen.

Was die Regierung auf außenpolitischem Gebiete zu tun gedenkt, ist direkten Äußerungen nicht zu entnehmen, was aber keineswegs so viel bedeutet, daß nichts geschieht. Vor allem versucht man zu dem neuen russischen Nachbar in ein leidliches Verhältnis zu geraten. Gleichzeitig werden aber auch von ungarischer Seite die italienischen Bemühungen auf Schaffung eines starken neutralen Blocks der Donau- und Balkanstaaten unterstützt. Die Beziehungen zu Jugoslawien haben sich seit längerer Zeit gebessert und nehmen allmählich einen herzlichen Charakter an. Die Differenzen mit Rumänien sind ziemlich tiefgreifender Natur, leben doch hier über anderthalb Millionen Magyaren, deren Lage durchaus nicht befriedigend

ist. Trotzdem ist durch Vermittlung Jugoslawiens eine gewisse Entspannung in den Beziehungen beider Länder eingetreten, die Aussichten auf eine weitere Besserung eröffnet.

Von der eingetretenen Veränderung der Lage in Ost-Mitteleuropa ist Ungarn unstreitig schwer betroffen. Aber nicht nur Ungarn allein. Seine Nachbarn, so vor allem Rumänien, haben es noch schwerer. Der Drang nach Selbständigkeit wird die südslawischen Staaten gewiß nicht verlassen, trotzdem der aufkeimende Panславismus an ihre Adresse gerichtet sein wird. Die nun tatsächliche Schicksalsgemeinschaft der Donaufstaaten muß sich daher früher oder später in einem außenpolitischen Gleichklang auswirken. Es wäre unvernünftig, die heutige Not Ungarn gegenüber auszunützen und es zu einem Verzicht auf seine gerechtfertigten nationalen Aspirationen veranlassen zu wollen. Das würde nicht nur im Widerspruch zum Sinn der geschichtlichen Entwicklung liegen, es wäre auch realpolitisch unklug. Die betroffenen Staaten selbst haben allen Grund, um auch Ungarn gegenüber die Folgerungen aus der neuen Lage zu ziehen.

Hegyesfalom (Ungarn), 10. Okt. 1939.

Diskussion des Geburtenrückgangs.

Von Dr. Robert Anton Moser.

Der nachfolgende Aufsatz ist bereits im Februar gesetzt worden. Infolge größten Stoffandrangs mußte derselbe leider bis jetzt zurückgelegt werden. In den nachfolgenden aktuellen und interessanten Ausführungen konnten infolgedessen die im Laufe des Jahres erfolgten Diskussionen über den Geburtenrückgang nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Schriftleitung.

Der Geburtenrückgang ist in Mittel-, West- und Nordeuropa eine bekannte Tatsache. Aber noch vor wenigen Jahren war es mehr Sache der Statistiker und Nationalökonomien, darüber zu sprechen und zu diskutieren. Erst jetzt wird das Problem ein öffentliches, dem sich die Zeitungen widmen und dessen Lösung die Regierenden interessiert. Im Juni letzten Jahres hat die Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft die Frage der Überalterung unserer Bevölkerung zum Verhandlungsgegenstand ihrer Jahresversammlung in Niesetal gewählt. Damit wurde der Gegenstand von einer gelehrten Gesellschaft der Öffentlichkeit übergeben, was umso eindrucklicher war, als bei dieser Gelegenheit Bundesrat Etter eine vielbeachtete Rede hielt.

1.

Verweilen wir zunächst bei den Tatsachen. Für die Schweiz hat, ähnlich wie in andern Ländern, die Kinderscheu schon um die Wende zum